

22. Januar 2024

Natalie Lengacher
Im Schwizergut 15
8610 Uster



Wortmeldung der Grünen

An den Präsidenten des Gemeinderates
Herr Patricio Frei
8610 Uster

Traktandum – Motion 540/2023: Natalie Langacher (Grüne), Marco Ghelfi (Grüne) und Debora Zahn (Grüne): «Die Mieten steigen – Uster braucht eine aktivere Wohnpolitik!»

Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende

Gerne möchte ich zu Beginn eine Frage stellen: Wann war das letzte Bauprojekt für preisgünstige Wohnungen, bei dem die Stadt Uster einen Einfluss hatte?

Eben, leider kommt da nichts. In den letzten Jahrzehnten ist Uster stark gewachsen und die Bevölkerung hat dementsprechend zugenommen. Auch Immobilien und Mietpreise sind stark gestiegen. Aber wo sind die preisgünstigen Wohnungen? Und vor allem: Was hat die Stadt Uster in dieser Zeit unternommen?

Uster will und soll eine Stadt für alle sein. Wegen der grossen Wohnraumnachfrage, Altbausanierungen, Neubauten und Preis treibenden Standarderhöhungen fallen immer mehr bezahlbare Wohnungen weg. Aktuell treiben die steigenden Referenzzinssätze die Mieten zusätzlich in die Höhe. Der Stadtrat hat in seinem Bericht zum Postulat 663/2019 „Mehr preisgünstiger Wohnraum für Uster“ aufgezeigt, wie eine Gemeinde den preisgünstigen bzw. gemeinnützigen Wohnraum mit finanziellen, raumplanerischen und beratenden Mitteln fördern kann. Er hat darin mehrfach betont, dass in Uster zuerst eine politische Diskussion zur Wohnbaupolitik der Stadt geführt werden soll. Eine aktive städtische Wohnpolitik setzt aber auch voraus, dass sich die Stadt Uster auf klare Ziele bei der Förderung von preisgünstigem und ökologisch vorbildlichem Wohnraum verpflichtet. Zudem soll der Stadtrat über die erzielten Fortschritte regelmässig Rechenschaft ablegen. Denn, was bringt eine tolle Vision (ich erinnere, «wir sind eine Stadt für alle») ohne messbare Ziele?

Das dies dem Stadtrat nicht ganz passt, konnten wir in seiner Stellungnahme lesen. Er weist nämlich die Forderung nach einem neuen Gesetzesartikel in der Gemeindeordnung zurück. Wir Grünen möchten jedoch, dass sich die Ustermer Stimmberechtigten zur Wohnpolitik der Stadt äussern können und die wohnpolitischen Grundsätze demokratisch abgestützt werden. Eine Anpassung der Gemeindeordnung ermöglicht genau dies.

Die Stadt Uster soll dabei auch aktuelle Entwicklungen wie beispielsweise die in Zukunft grösseren Freiheiten von Menschen mit Behinderung bei der Wahl ihrer Wohnform oder die absehbare Anerkennung des Betreuten Wohnens in den Ergänzungsleistungen zur AHV berücksichtigen müssen.

Dass die Wohnungsnot viele Ustermer:innen beschäftigt, sieht man auch bei der Auswertung der aktuellen Bevölkerungsumfrage. Es ist also nicht einfach ein «linkes» Anliegen. Auch die

Einzelinitiative «preisgünstiger Wohnungsbau für Uster», welche im November vom Gemeinderat überwiesen wurde, möchte Ähnliches bewirken. Wir fordern jedoch wie schon gesagt den Einbezug der Ustermer Bevölkerung.

Der Stadtrat ist bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen. Für uns Grüne ist dies akzeptabel. Wir finden aber auch, dass der Stadtrat nicht nur immer auf Impulse von aussen warten kann. Der gemeinnützige Wohnungsbau im Zeughaus West allein reicht bei Weitem nicht aus. Uster wächst weiter und wir möchten endlich Taten vom Stadtrat sehen!

Natalie Lengacher
Fraktionschefin Grüne

uster